

Klaus Hänsch

European Destiny – Europas Aufgaben in der Welt

Am 9. Mai 2014 – am Europatag – fand in der Pauluskirche Duisburg-Hochfeld zum 5. Mal in Folge das Fest „Europa feiert! Feiert Europa!“ statt, das – auch in diesem Jahr von einem breiten Veranstalterkreis getragen – ein anspruchsvolles Programm lieferte. Am Abend hielt Prof. Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlamentes von 1994 bis 1997 und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. eine Grundsatzrede, deren wichtigste Aussagen im Folgenden dokumentiert werden.

Europa feiert! Feiert Europa!

Als ich anfang im Europäischen Parlament vor 35 Jahren, hatte es eine Menge zu sagen, aber fast nichts zu entscheiden. Als ich vor fünf Jahren aufhörte, war das Parlament zum mitentscheidenden Gesetzgeber der Union geworden. Innerhalb einer Politikergeneration ist aus dem Beratungsparlament ein Entscheidungsparlament geworden.

Es wählt zum ersten Mal den Präsidenten der EU-Kommission. Die Partei, die aus der Wahl am 25. Mai im Europäischen Parlament als stärkste hervorgeht, entscheidet, wer die Leitlinien der nächsten EU-Kommission bestimmt.

Es geht bei dieser Wahl um Richtungsentscheidungen von enormer Grundsätzlichkeit:

- Es muss aufhören, dass eine Hundertschaft von Finanzdealern in London, New York oder Singapur mit dem Schicksal von 500 Millionen Europäern Monopoly spielt.
- Über Europas Zukunft müssen demokratisch gewählte Regierungen und das Europäische Parlament entscheiden.

Wir haben Banken gerettet:

- weil die nationalen Bankenaufsichten allesamt versagt haben oder umgangen wurden,
- weil aus Finanzkonstruktoren Finanzjongleure und Finanzbetrüger werden konnten. Denen muss europaweit durch eine europäische Bankenaufsicht das Handwerk gelegt werden.

Die Europäische Union hat viel Vertrauen verloren bei den Menschen. Europa muss das Vertrauen zurückgewinnen durch

eine neue Politik der Klarheit, der Verlässlichkeit und der Gerechtigkeit.

Wir fordern, dass Europa sich nicht länger in Kleinigkeiten verliert, sondern Antworten auf die großen Fragen der Zukunft gibt.

Aber was tun wir selbst? Wir faseln weiter vom Verbot der Gurkenkrümmung, obwohl es vor sieben Jahren abgeschafft wurde. Beölen uns mit dem europaweiten Verbot von Ölkännchen, bevor es überhaupt auf den Tisch kam. Auch die europaweite Privatisierung der Trinkwasserversorgung ist längst vom Tisch.

Wir selbst müssen aufhören, Europa mit Kleinigkeiten klein zu reden. Die EU ist gerade dabei, die schwerste Krise seit dem Beginn der Einigung Europas zu überwinden. Wir sind noch nicht durch, aber soviel ist klar: die EU ist nicht auseinandergefallen, sondern zusammen geblieben. In den Krisenstaaten zeigen sich erste Silberstreifen am Horizont.

Die weltweiten Spekulanten gegen den Euro haben verloren. Verloren haben aber auch Hunderte von Wirtschaftsprofessoren mit ihrem Katastrophengeschwätz über Inflation und Haftung und den Untergang Deutschlands.

Ja, wir hatten Bedenken, und nicht alle sind ausgeräumt. Ja, es stimmt auch: Die Schuldnerländer haben ihre Lage zu einem bedeutenden Teil selbst herbeigeführt durch Leichtfertigkeit und Reformversagen. Seien wir ehrlich: das waren ja nicht nur die Banken. Da haben auch demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen versagt.



Prof. Dr. Klaus Hänsch bei seiner Rede in der Pauluskirche.

Zum Beispiel: Griechenland war kein verschwenderischer Sozialstaat. Wechselnde Regierungen haben den Reichen über Jahrzehnte hinweg ungeheure Verschwendung nicht nur erlaubt, sie haben sie sogar dazu eingeladen. Ich will, dass Griechenland das ändert.

Zugleich will ich, dass Europa den Alten und Kranken hilft, die durch die rigorose und ungerechte Sparpolitik nicht mehr richtig versorgt werden. Ich will, dass Europa hilft, wenn die Krise den Arbeitslosen in Spanien oder Portugal Arbeit und Zukunft raubt. Aber ich will *nicht*, dass die Hilfe in die alten Kassen der Yachtbesitzer, Immobilienhaie und Staatsfunktionäre fließt.

Wir sind solidarisch mit dem portugiesischen Fischer, mit dem griechischen Kafention-Wirt, mit dem spanischen Arbeitslosen. Wir sind nicht solidarisch mit Steuerflüchtigen und Steuerhinterziehern – egal ob in Athen, am Tegernsee oder in Konzernzentralen. Sie nehmen

den Staatskassen in der EU jedes Jahr fast eine Billion Euro. Diese Enteignung des Staates durch die Reichen muss ein Ende haben – überall in Europa.

Wir dürfen nicht zulassen, dass 25 oder 30 Prozent eines Jahrganges ohne Arbeit bleiben. Wenn wir den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit verlieren, dann verlieren wir alle eine ganze Generation. Und mit ihr verlieren wir die Zukunft Europas. Wir brauchen diese Solidarität nicht nur mit dem Süden. Wir brauchen auch Solidarität, weil wir zum Europa der Freizügigkeit stehen. Das ist nicht nur freies Reisen. Das ist auch freie Wahl des Arbeitsplatzes über die nationalen Grenzen hinweg.

Was wurden vor jeder Erweiterung der EU immer wieder für Horrorszenerien an die Wand gemalt! Nichts davon ist Realität geworden. Die Anfangsschwierigkeiten haben wir in den Griff bekommen. Die überwältigende Mehrheit der Zuwanderer findet einen Arbeitsplatz, zahlt Steuern und Sozialversicherung. Wer hier lebt und arbeitet, ist uns willkommen.

Viele von denen, die aus Afrika oder dem Nahen Osten in Europa einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Armut suchen, werden von Schleppern, Vermittlern, Vermietern ausgepresst und systematisch um ihre Rechte gebracht: Das ist organisierte Kriminalität mit Profiten wie im Drogenhandel.

Wir sagen ein klares „Nein“ zu Menschenhandel und Ausbeutung in Deutschland, in Europa und weltweit. Europa braucht eine gemeinsame Einwanderungspolitik.

Das Grundgesetz gebietet: Die Würde des Menschen verteidigen, überall, wo sie angegriffen und mit Füßen getreten wird – in Deutschland, in Europa und weltweit. Wir können nicht allen helfen, aber das ist kein Grund, niemandem zu helfen.

Wir wissen, daß die Europäische Union unvollkommen ist. Aber wir verteidigen sie gegen alle, die aus ihr nur eine große Freihandelszone machen wollen – ohne jede politische Verantwortung für den Schutz der Umwelt, für Verbraucherschutz, für soziale Sicherheit.

Wenn sich Europa zur Freihandelszone zurückentwickelt, marschiert es über den



Plakat zum Fest „Europa feiert! Feiert Europa!“

Neoliberalismus zum Neonationalismus. Faschistisches und nationalistisches Denken und Handeln, Rassismus und Intoleranz stoßen auf unseren entschlossenen Widerstand. Die Populisten, Nationalisten und Extremisten wollen nicht eine bessere Europäische Union – sie wollen überhaupt keine. Wer in der Zeit der Krise die Völker Europas auseinandertreibt, statt sie zusammenzuhalten, gehört nicht ins Europäische Parlament.

Das neonationalistische Europa erleben wir gerade im Konflikt um die Ukraine. Was Putins Russland betreibt, ist die Rückkehr in ein Europa der Einflußsphären und Hegemonien. Das macht die Krise um die Ukraine so gefährlich. Sie ist schwerer und düsterer als die Staatsschuldenkrise.

Für den Erhalt der Einheit der Ukraine wollen und werden wir keinen Krieg führen. Aber es kommt sehr darauf an, dass Europa nicht wie ein Hühnerhaufen auseinanderstiebt, wenn der Habicht am Himmel kreist. Es kann sein, dass Sanktionen gegen Rußland nötig werden. Es ist nötiger, sich durch eine neue Energie-Union von Rußland unabhängiger zu machen. Es ist nötig, der Ukraine organisatorisch und finanziell zu helfen, aber wir müssen den geostrategischen Größenwahn aufgeben, die Union und die NATO in diesen Raum hinein zu erweitern.

Wir wissen, dass die Europäische Union Fehler gemacht hat und dass sie Fehler macht. Aber statt daran nur europaskeptisch herumzunörgeln, wollen wir sie verbessern. Die EU muß nicht bleiben wie sie ist, aber ohne die EU, bleibt nichts in Europa, wie es ist.

Wenn ich träume, sehe ich ein blühendes Europa des Friedens, der Freundschaft, des Wohlstandes, der Gerechtigkeit. Wenn ich erwache, erkenne ich, dass ohne Organisation die Vision von Frieden und Freiheit für alle Völker in Europa zur Illusion verkommt.

Wer in diesen Wochen und Monaten vor der Europawahl im Fernsehen den einen oder anderen Film über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 sieht, bekommt doch vor Augen geführt:

Was hätten unsere Väter und Großväter und Urgroßväter dafür gegeben, wenn es zu ihrer Zeit ein Europäisches Parlament gegeben hätte, in dem frei gewählte Abgeordnete aus 28 europäischen Völkern zusammenkommen, um miteinander zu reden, zu streiten und wieder zu reden, statt die Jugend der Völker in die Schützengräben des Ersten und Zweiten Weltkrieges zu treiben,

- trotz allen Streits und aller Querelen einen Frieden und eine Versöhnung zwischen den Völkern Europas zu haben, wie sie unsere Väter und Großväter und Urgroßväter nie gekannt haben,
- trotz aller Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten eine Wirtschaftskraft und ein Wohlstand zu haben, von denen Abermillionen Arme und Hungernde in der Welt nur träumen können,
- trotz aller Bürokratie und Bürgerferne Rechte und Freiheiten zu haben, für die Millionen in der Welt immer wieder Leib und Leben riskieren müssen.

Europa ist für Menschen in aller Welt ein Beispiel der Versöhnung zwischen Feinden, ein Beispiel für Wohlstand durch Zusammenarbeit, Demokratie und Recht über Landesgrenzen hinweg. Wir wollen, dass das so bleibt.

**Europa ist nicht, was wir träumen.
Europa ist, was wir tun. ■**

Prof. Dr. Klaus Hänsch war Präsident des Europäischen Parlamentes von 1994 bis 1997 und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.